



Ausbildung für alle: ein Muss

Sozialethische Überlegungen zur beruflichen Erstausbildung

Zu den wichtigen Entscheidungen im Leben gehört die Berufswahl. Heute sind Jugendliche mehr denn je mit drei grundsätzlichen Fragen konfrontiert: Welche Berufsrichtung passt zu mir? Welche Ausbildung eröffnet mir einen vertrauenswürdigen Weg in die Zukunft? In welchem Berufsfeld finde ich eine Lehrstelle? Durch diese Fragen werden nicht nur die Jugendlichen herausgefordert und manchmal auch überfordert. Ebenso erfahren Eltern und Angehörige, Lehrkräfte, Ausbildungsbetriebe und Berufsberater den Druck, der auf den Jugendlichen lastet. Auch Wirtschaft und Politik müssen in der Ausbildungsfrage Farbe bekennen. Von ihren Entscheidungen hängt es ab, mit welcher Realität Jugendliche bei der Berufswahl und in der Ausbildung konfrontiert werden. Es wird heute immer deutlicher: Wer über keine Ausbildung verfügt, hat kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Perspective fordert aus christlich-sozialer Sicht die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Politik auf, optimale Rahmenbedingungen für die Berufswahl und die Ausbildung von jungen Menschen zu schaffen, so dass sie positiv herausgefordert sind und die Zukunft vertrauensvoll anpacken können.



Ohne Ausbildung keine Aussichten

Die Arbeitsstatistik wie auch die Sozialhilfestatistik zeigen: Personen ohne abgeschlossene Ausbildung sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit, Aussteuerung und Löhnen unter dem Existenzminimum betroffen. Diese Entwicklung wird in den nächsten Jahren noch verstärkt, da es immer weniger gute Stellen für unausgebildete und wenig qualifizierte Personen geben wird.

Zwei unterschiedliche Ausbildungswege

Für Jugendliche stehen grundsätzlich zwei Ausbildungswege offen: der allgemein bildende Weg über das Gymnasium und der berufsbezogene Weg über die duale Lehre (Ausbildung in Schule und Betrieb). Rund zwei Drittel der Jugendlichen wählen den zweiten Weg. Damit hat die Schweiz europaweit den höchsten Anteil an Jugendlichen, die sich über eine Berufslehre auf das Erwerbsleben vorbereiten. Allerdings bestehen grosse Unterschiede zwischen den einzelnen Kantonen. Während im Kanton Bern weit über 70% eine Lehre machen, sind es im Kanton

sehen... urteilen... handeln!

Genf gerade noch 40%. Zudem geniesst der gymnasiale Weg ein grösseres gesellschaftliches Ansehen als die Berufsbildung.

Gymnasialer und dualer Weg

Der gymnasiale Weg führt zur *Studierfähigkeit*. Der Lernort ist ein fast allein schulisches Umfeld vor allem mit Kontakten zu gleichaltrigen Jugendlichen. Schwerpunkt ist die Allgemeinbildung. Die Festlegung der Bildungsinhalte erfolgt durch Lehrpläne, die von Schulen und Politik erstellt und zunehmend europaweit koordiniert werden.

Im Zentrum der dualen Berufsbildung steht die *Berufsbefähigung*. Die Ausbildung geschieht in einem von wirtschaftlichen Realitäten geprägten Umfeld. Schon früh werden Lehrlinge mit der betrieblichen und beruflichen Wirklichkeit konfrontiert. Sie lernen den wirtschaftlichen Wettbewerb kennen. Sie haben in eigener Verantwortung Aufgaben zu erfüllen, die dem Betrieb nützen und bei denen es auf ihre Leistung ankommt. Sie müssen sich in einem Beziehungsnetz zurechtfinden, in dem die Vorgesetzten und die meisten Mitarbeitenden älter sind als sie. Lehrlinge haben dadurch die Chance, sich eine besondere Reife zu erarbeiten, die anders, aber ebenso wertvoll ist wie die gymnasiale Reife.

Hindernis bei der Berufswahl: Lehrstellenknappheit

Eine echte Berufswahlentscheidung schon am Ende der obligatorischen Schulzeit zu treffen, ist schwierig. Dazu braucht ein junger Mensch ein realistisches Lebensprojekt, das sowohl seine Fähigkeiten und Wünsche wie auch die realen Möglichkeiten und Chancen berücksichtigt. Nach Aussagen der Jugendlichen sind es vor allem die Eltern, von denen sie diesbezüglich Unterstützung erwarten. Seit Mitte der neunziger Jahre leidet die Schweiz unter einer Lehrstellenknappheit. Davon sind zwar Jugendliche aus der ganzen Schweiz betroffen, aber mehr aus städtischen als aus ländlichen Gebieten, eher aus der Westschweiz und dem Tessin als aus der Deutschschweiz. Auch sind eher schulschwächere Jugendliche als leistungsstarke, eher ausländische als Schweizer Jugendliche betroffen. Für jene, die keine Lehrstelle finden, existieren verschiedene Brückenangebote, welche sie für eine erneute Lehrstellensuche fit machen sollen und als eine Art Warteschlange funktionieren.

Wirtschaftliche Faktoren beeinflussen den Lehrstellenmarkt

Im dualen System sind es die Betriebe, welche die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen und die Lehrverträge abschliessen. Sie entscheiden darüber, ob, wie viele und welche Jugendliche eine Lehrstelle erhalten. Die Anstellung erfolgt dabei weitgehend nach betriebswirtschaftlichen Überlegungen. Die zentrale Frage lautet häufig: «Rentiert ein Lehrling?» statt «Befähigt die Ausbildung zum Erwerbsleben?» Der Lehrstellenmarkt reagiert damit mehr auf aktuelle wirtschaftliche Faktoren als auf die Zukunftsfragen der Jugendlichen. So wächst das Lehrstellenangebot bei positiver wirtschaftlicher Erwartung, nimmt aber ab, wenn die Aussichten getrübt sind. Ebenso können Ausbildungsreglemente das Lehrstellenangebot beeinflussen. Haben die Betriebe das Gefühl, ein Reglement verlangen von ihnen ein zu grosses Engagement und mache eine Ausbildung unrentabel, so ziehen sie sich aus der Lehrlingsausbildung zurück. Branchenverbände halten teilweise an Ausbildungswegen mit wenig echten Zukunftsaussichten fest.

Lehrabbrüche

Die Schweiz hat die Mannschaftsweltmeisterschaft in der Berufsbildung gewonnen, und das schon zum zweiten Mal. Darauf darf sie stolz sein. Man darf aber darob nicht vergessen, dass es in der Berufsbildung Probleme gibt. Die rund 20% Lehrabbrüche sind

zuviel. Falsche Berufswahl, tiefgehende zwischenmenschliche Konflikte im Lehrbetrieb, ungenügende Leistung des Lehrlings, mangelnde Unterstützung durch den Lehrmeister oder gar die Ausnützung von Lehrlingen als Hilfskraft sind mögliche Gründe dafür.

Berufsausbildung spart Kosten

Aus Sicht des Staates ist die Berufsbildung kostengünstiger als das Gymnasium. Zudem zahlt sich die Berufslehre gesamtwirtschaftlich aus. Die produktive Leistung der Lehrlinge in den Betrieben ist insgesamt höher als die Ausbildungskosten aller auszubildenden Betriebe zusammen. Für den einzelnen Betrieb hängt allerdings die Rentabilität unter anderem auch von der individuellen Leistungsfähigkeit des Lehrlings oder der Lehrtochter ab. Die Betriebe sind daher vor allem an leistungsstarken Jugendlichen interessiert um diese stehen Gymnasien, Fachmittelschulen und Lehrbetriebe in Konkurrenz.

Verdeckter Rassismus

Beträchtliche Probleme auf dem Lehrstellenmarkt haben ausländische Jugendliche. Das hängt zum einen damit zusammen, dass diese Jugendlichen überdurchschnittlich oft nur über einen Abschluss der Real- oder Werkklasse verfügen. Die Schwierigkeiten hängen aber auch mit einem verdeckten Rassismus zusammen. Untersuchungen machen offenkundig, dass bei gleichwertigen Bewerbungsschreiben ausländische Jugend-



liche weniger oft zu einem Gespräch eingeladen werden als schweizerische.

Soziale Herkunft entscheidend

Internationale Untersuchungen zeigen: Die soziale Herkunft hat in der Schweiz einen grösseren Einfluss auf den Bildungserfolg als in anderen Ländern. Nicht die talentiertesten «Besten» kommen ausbildungsmässig weiter, sondern jene aus einem Elternhaus mit höherem Bildungsstand und besserer beruflicher Situation. Die Schule in der Schweiz ist nicht fähig, die Unterschiede durch die Herkunft auszugleichen.

Jugendliche mit Problemen

Der Eintritt in Gymnasien und Fachmittelschulen ist vor allem leistungsstärkeren Jugendlichen vorbehalten. Aber auch die Betriebe suchen leistungsstärkere Lehrlinge. Für Jugendliche mit schulischen, sozialen und sprachlichen Problemen kann das bedeuten, dass sie weder den Eintritt in eine Schule noch in eine Lehre schaffen. Politisch hat man reagiert und für Jugendliche mit Schwierigkeiten das Berufsattest geschaffen. Dies ist eine zweijährige Grundbildung, welche zu einem eidgenössisch anerkannten Attest führt. Jugendlichen, welche auf persönliche Begleitung angewiesen sind, wird ein Coaching zur Verfügung gestellt. Zudem kann die Ausbildung in drei statt in zwei Jahren absolviert werden. Ob das Berufsattest ein Erfolg wird, steht noch aus.

Fazit

Ausbildung tut für alle not, um im heutigen Arbeitsmarkt bestehen zu können. Aber sowohl der Wettbewerbsdruck auf die Betriebe, die erhöhten Erwartungen an die Jugendlichen wie auch die finanziellen Engpässe des Staates schmälern die Chancen der Jugendlichen auf eine Ausbildung. Für zu viele Jugendliche beginnt daher der Eintritt in die Berufswelt mit der Erfahrung, dass man sie nicht braucht.



Bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für die Berufswahl und die Ausbildung von jungen Menschen sind aus christlichsozialer Sicht Grundprinzipien zu beachten, die auf dem christlichen Welt- und Menschenbild aufbauen.

Personalitätsprinzip

Würde des Menschen achten

Die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Politik haben nach dem Personalitätsprinzip die unverlierbare Würde jedes Menschen zu achten. Dazu gehört nach christlichsozialer Überzeugung auch, dass jeder Mensch als ein zur Freiheit und Selbstverantwortung gerufenes Wesen anerkannt wird. Über Freiheit und Selbstverantwortung verfügt der Mensch aber nicht automatisch. Vielmehr müssen Bedingungen geschaffen werden, durch die er seine Freiheit und Selbstverantwortung aufbauen und wahrnehmen kann. Dazu gehört:

Recht auf (Aus)Bildung anerkennen

Eine gute Ausbildung verschafft den Menschen in unserer Gesellschaft die wirtschaftliche Lebensgrundlage. Ohne Ausbildung kann eine Person nur schwer frei leben und eigenverantwortlich für sich und seine Familie sorgen. Auch wenn die Schweiz kein einklagbares Recht auf Ausbildung kennt, so ist dieses Recht aus christlichsozialer Sicht doch als ethische Forderung in den Entscheidungsprozessen zu anerkennen und zu berücksichtigen. Es ist politisch, wirtschaftlich so zu entscheiden, dass jeder Mensch eine Ausbildung erhalten kann.

Würde des Menschen vermitteln

Eine Ausbildung soll zwar einerseits die wirtschaftliche Lebensgrundlage für Menschen schaffen. Andererseits hat jede Ausbildung auch die Achtung der Würde des Menschen zu vermitteln. Dies sowohl durch die Art, wie

in der Ausbildung miteinander umgegangen wird, aber auch durch die Themen, die behandelt werden. Es geht in der Ausbildung nicht nur um die Studierfähigkeit und Berufsbefähigung, sondern auch um die Demokratiebefähigung, die Fähigkeit zur Menschlichkeit, Respekt vor andern und ihrer Verschiedenheit sowie um die Anerkennung der Menschenrechte.

Rentabilität nicht auf Kosten der jungen Menschen

Nichts ist dagegen einzuwenden, wenn die berufliche Ausbildung so effizient organisiert ist, dass sie rentiert. Es besteht allerdings ein grundlegender ethischer Unterschied darin, ob ein Betrieb zunächst das Ziel hat, Lehrstellen anzubieten und sich dann fragt, wie er die berufliche Ausbildung rentabel organisieren soll. Oder ob ein Betrieb sich Rentabilitätsziele setzt und dann allenfalls, wenn es rentiert, Lehrlinge anstellt oder nicht. Im zweiten Fall werden junge Menschen zum Mittel oder Opfer der Rentabilität. Im ersten Fall hingegen ist ihre Ausbildung der Zweck und die Rentabilitätsüberlegungen unterstützen ihre Ausbildung.

Bildung ohne Diskriminierung

Das Personalitätsprinzip schliesst auch alle Arten von Diskriminierung aus. Es darf nicht sein, dass junge Menschen aufgrund ihrer Nationalität, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion oder ihres Namens in der Ausbildung und auf dem Lehrstellenmarkt benachteiligt werden. Verschiedenheit soll als Chance und Bereicherung wahrgenommen werden, ähnlich wie bei den unterschiedlichen Ausbildungswegen.

Gemeinwohlprinzip

Das Wohl aller im Auge behalten

Das Gemeinwohlprinzip hält dazu an, das Wohl der Andern bzw. aller im Auge zu behalten. Die Erfüllung dieses Prinzips ist anspruchsvoll, da unter den Menschen Unterschiede bestehen was Begabungen, Fähigkeiten und Ausgangssituationen betrifft. Nicht alle können alles gleich gut. Es gibt Stärkere und Schwächere, Begabte und weniger Begabte. Im Umgang mit den Unterschieden mahnt das Gemeinwohlprinzip,



dass nicht einige übermässig Vorteile auf Kosten anderer oder weniger erhalten, bzw. einige übermässig benachteiligt werden. Es stellt sich die Frage: Wie kann und soll im Bildungswesen mit den Unterschieden umgegangen werden?

Chancengleichheit und Solidarität wahren

Chancengleichheit ist nicht nur ein Wettbewerbsprinzip, sondern entspricht auch dem Gedanken des Gemeinwohlprinzips. So besagt es, dass niemandem aus anderen Gründen als der Leistung der Zugang zu einer bestimmten Bildung ermöglicht werden oder verschlossen bleiben soll. Also nicht der Name, das Geld, die Nationalität etc. sollen den Ausschlag geben. Das heisst auch, nicht einfach das harte Wettbewerbsprinzip durchzusetzen, bei dem es Gewinner und Verlierer gibt, sondern dass jeder junge Mensch die Chance erhält, seine eigenen Stärken zu entdecken und zu entwickeln. Zudem hat das Bildungswesen so gut als möglich die ungleichen Startchancen der Kinder und Jugend-

lichen aus unterschiedlichem Elternhaus zu korrigieren.

Solidarität – christlich motiviert – verpflichtet dazu, gerade für jene, die sich wenig wehren können oder für die die Zugänge zu Bildung und Lehre erschwert sind (z.B. aus sprachlichen Gründen), Hilfen zur Verfügung zu stellen. Rendite – sowohl in Unternehmen wie auf Staatsseite – kann kein ausreichender Grund für Engagement oder Nicht-Engagement aus christlicher Sicht sein.

Subsidiaritätsprinzip

Verantwortung sinnvoll verteilen

Von der Verantwortung, das Personalitäts- und Gemeinwohlprinzips umzusetzen, ist niemand dispensiert. Weder der Einzelne, noch die Wirtschaft, noch der Staat. Doch nicht alle tragen die gleiche Verantwortung. Das Subsidiaritätsprinzip regelt, wie die Verantwortung sinnvoll verteilt werden soll. Wichtig ist dabei zu fragen, welche Aufgaben

am besten auf welcher Ebene erledigt werden können.

Der Staat: Optimale Rahmenbedingungen schaffen

Der Staat (Bund/Kantone/Gemeinden) ist zuständig dafür, dass die Rahmenbedingungen für die Lehrlinge und die Betriebe stimmen. Sie haben darauf zu achten, dass die Lehrlinge nicht ausgenutzt werden, sondern als Lernende behandelt werden und durch die Lehre ihre Berufsbefähigung erlangen. Zudem haben sie gute Rahmenbedingungen für die Betriebe zu schaffen, dass sie ihre Hauptverantwortung, Ausbildungsplätze anzubieten, optimal wahrnehmen können. Hinderlich wirken bei dieser Aufgabe die je nach Kanton unterschiedlichen Bezeichnungen für Abschlüsse der obligatorischen Schule (1.–9. Klasse) und damit die Vergleichbarkeit der Zeugnisse wie auch die je nach Kanton unterschiedlichen administrativen Anforderungen an die Betriebe beim Abschluss eines Lehrvertrages.

Branchenverbände: Berufe stärken und entwickeln

Die Branchenverbände tragen die Hauptverantwortung für die ständige Modernisierung ihres Berufes. Sie haben dafür zu sorgen, dass genügend junge Menschen den Beruf lernen und so ausgebildet werden, dass sie den Herausforderungen der Zukunft genügen. Vor allem kleinere Verbände haben damit grosse Mühe. Zudem gibt es zu viele Betriebe, die sich als Trittbrettfahrer aufführen und ihre Branche darin nicht unterstützen.

Betriebe: Genügend Lehrstellen bereitstellen

In einem dualen System haben die Betriebe die Aufgabe, genügend Lehrstellen für alle Jugendlichen bereitzustellen. Diese soziale Verantwortung können sie auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten oder gegenüber Jugendlichen, die nicht alle Erwartungen erfüllen können, nicht abgeben. Leider wird diese Aufgabe von vielen Betrieben als nicht verpflichtend angesehen. Sie fühlen sich daher grundsätzlich nicht zuständig, Lehrstellen anzubieten.

Schule: Integration in die Gesellschaft ermöglichen

Eine der zentralen Aufgaben der Berufsfachschule ist es, neben der Berufsbefähigung die persönliche Entfaltung der Jugendlichen

und ihre Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen. Dazu sollen die Jugendlichen der Welt, in der sie leben, solidarisch-kritisch begegnen lernen, die Konsequenzen ihres Handelns abschätzen können und fähig werden, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Diese Aufgabe wird allerdings konkurrenziert durch die steigenden Erwartungen der Berufsverbände an das berufliche Können der Lehrlinge.

Familie: Unterstützung und Begleitung

Gerade in der Phase des Übergangs von der Kindheit ins Erwachsenenleben brauchen junge Menschen ein familiäres Beziehungsnetz, auf das sie sich wirklich verlassen können, das sie in ihren Entscheidungen kritisch unterstützt und in schwierigen Phasen solidarisch begleitet. Die Frage stellt sich allerdings: wer unterstützt die Eltern bei ihrer schwierigen Aufgabe?

Auszubildende: Selbstverantwortung übernehmen

Eine Ausbildung kann nur ihr Ziel erreichen, wenn ein junger Mensch letztlich bereit ist, sich zu engagieren. Er braucht den Willen, Schritt für Schritt Selbstverantwortung zu übernehmen.

Gesellschaftliche Gruppierungen: Lokal angepasste Aktionen durchführen

Jugendliche vor oder während der Ausbildung wie auch ihre Familien leben im Alltag in verschiedenen sozialen Beziehungen, z.B. im Sportverein, in der Pfarrei, im Frauenverein, in der politischen Partei, in einem Chor etc. Diese gesellschaftlichen Gruppierungen, obwohl sie keinen eigentlichen Auftrag im Zusammenhang mit der Berufsbildung haben, können die Jugendlichen und ihre Familien durch ganz verschiedene lokale Aktionen unterstützen, z.B. durch Gesprächsrunden zum Thema, durch den lokalen Aufruf zur Schaffung von Lehrstellen, durch patenschaftliche Hilfe bei der Lehrstellensuche, durch den Aufbau von privaten Beratungsstellen usw. Wichtig ist, dass diese Gruppierungen die lokalen und individuellen Probleme erkennen und aus eigenem Antrieb Verantwortung übernehmen.



Was ist nun konkret zu tun? Aus den bisherigen Beobachtungen (Sehen) und Wertungen (Urteilen) ergeben sich folgende Forderungen:

Nachobligatorische Bildung für alle ermöglichen

Heute dauert die obligatorische Schulzeit für alle Kinder und Jugendliche neun Jahre. Auf eine anschließende berufliche Erstausbildung besteht weder ein Recht noch eine Pflicht. Der Arbeitsmarkt zeigt aber: Mit neun Jahren Schule und ohne weiteren Bildungsabschluss hat man Mühe, in der Arbeitswelt bestehen zu können. Eine nachobligatorische Bildung wird für alle nötig. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sind aufgefordert, Finanzen und Strukturen bereitzustellen, die es allen erlauben, einer nachobligatorischen Bildung mit Berufsqualifizierung nachgehen können.

Der Bund hat seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen

Mit dem Hinweis, dass die nachfolgenden Generationen nicht durch übermässige

Schulden belastet werden sollen, ist Sparen zum wichtigsten Ziel der Politik avanciert. Davon ist auch die berufliche Erstausbildung betroffen. An dieser Stelle ist mit aller Deutlichkeit festzuhalten: Ungenügende Investitionen in die berufliche Erstausbildung sind für die zukünftigen Generationen schmerzhafter als Schulden. Der Bund ist deshalb aufgefordert, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Sparen auf Kosten der Berufsbildung ist kontraproduktiv und kommt die Gesellschaft teuer zu stehen.

Eltern für die Berufswahlphase schulen

Jugendliche geben viel auf die Meinung der Eltern bei ihrem Berufswahlentscheid. Allerdings wissen die Eltern oft zu wenig über das Bildungssystem. Ihnen sind deshalb durch die Berufsberatung und Schulbehörden Schulungsmöglichkeiten anzubieten. Dies gilt insbesondere auch für die Eltern ausländischer Jugendlicher. Diese sind allerdings auch aufgerufen, solche Angebote wirklich anzunehmen und zu besuchen. Allenfalls sind Kulturvermittler einzusetzen.

Nationale Harmonisierung auf der Stufe der Orientierungsschule

National tätige Unternehmen haben grosse Probleme bei der Rekrutierung von Lehrlingen, da die Zeugnisse der Orientierungs-



schule (7.–9. Klasse) aus den verschiedenen Kantonen nicht vergleichbar sind. In jedem Kanton gelten andere Bezeichnungen für Abschlüsse der Orientierungsschule. Und auch die Niveaus sind nicht zu vergleichen. Hier ist der Kantönligeist zugunsten von nationalen Lösungen einzuschränken.

Schulschwächere Jugendliche fördern statt separieren

Unser Schulsystem schiebt schulschwächere Jugendliche durch die Dreiteilung der Orientierungsstufe in das unterste Anspruchsniveau ab. Sowohl pädagogisch wie ökonomisch macht dies keinen Sinn. Oft ist es Ausdruck einer Diskriminierung, die den Menschenrechten und der Würde der Betroffenen widerspricht. Die Auszubildenden des untersten Anspruchsniveaus müssen nämlich die vorenthaltene Bildung nachholen, um überhaupt eine Chance auf dem Lehrstellenmarkt zu haben. Sinnvoller ist ein integratives Schulmodell, in dem Schulschwächere systematisch von Unterstützungsmassnahmen profitieren können. Gleichzeitig muss aber vermieden werden, dass damit das Niveau und die Lernziele reduziert werden.

Leistungsstarke Jugendliche für die duale Berufsbildung erhalten und gewinnen

Die duale Bildung hat nur dann eine Zukunft, wenn auch leistungsstarke Jugendliche für die Lehre gewonnen werden können und diese nicht alle ins Gymnasium drängen.



Das System muss deshalb für leistungsstarke Jugendliche attraktiv sein. Es muss daher die Durchlässigkeit zwischen Berufsmaturität und Universität/ETH und der Fachhochschule und der der Universität/ETH garantiert sein. Ebenso ist bei allen Veränderungen des Hochschulsystems darauf zu achten, dass der Fachhochschulabschluss auf dem Arbeitsmarkt seine hohe Wertschätzung behalten kann.

Die Trittbrettfahrer in die Branchenverbände einbinden

Die Branchenverbände sind aufgefordert, die Trittbrettfahrer in ihre Branche einzubin-

den. Das kann durch branchenbezogene Bildungsfonds geschehen, durch die alle Betriebe einer Branche verpflichtet werden können, die Aufwendungen für die Berufsbildung finanziell mitzutragen. Durch die Gelder kann die Berufsbildung gestärkt werden, z.B. durch die Entlastung der auszubildenden Betriebe, durch Zuschüsse an Attestausbildungen oder Grundbeiträge an Lehrbetriebsverbände. Darüber hinaus haben die Branchenverbände die Betriebe immer wieder darauf hinzuweisen, dass eine Schwächung des dualen Systems zu einer Verteuerung des Bildungssystems und damit zu einer Erhöhung der Steuern führt.

Impressum

Herausgeberin

Union der Christlichsozialen, Geschäftsstelle
Dorfstrasse 11, 9423 Altenrhein, Tel. +41 (0)71 855 19 47,
www.ucs-ch.org, info@usc-ch.org

Redaktion

Bruno Weber-Gobet, Bildungsinstitut für Arbeitnehmende
ARC, Hopfenweg 21, Pf. 5775, 3001 Bern,
Tel. 031 370 21 11, www.travailsuisse.ch

Verantwortlich für diese Nummer:

Thomas Wallimann, Sozialinstitut KAB, Ausstellungsstr. 21,
Pf. 1663, 8031 Zürich, Tel. 044 271 00 32,
www.sozialinstitut-kab.ch.

Bruno Weber-Gobet, Bildungsinstitut für Arbeitnehmende
ARC.

Preis:

Einzelnummer: Fr 4.80
Abonnement: Fr. 12.00 (4 Nummern)
Satz à 10 Stück: Fr. 12.00
Satz à 50 Stück: Fr. 40.00
(+Versandkosten).

Bestelladresse: info@ucs-ch.org,

Tel. +41 (0)71 855 19 47, Fax +41 (0)71 855 19 28